

„Die Diskussion hat eine völlig verkehrte Einfärbung bekommen“

Aachens CDU-Chef Dr. Ulrich Daldrup zum neuen Ausländerrecht

Aachen. Die Debatte über das geplante neue Ausländerrecht hat sich verschärft und sogar für erste Risse in den Reihen der CDU gesorgt – wegen der bundesweit geplanten Unterschriftenaktion. Die Aachener SPD brachte gestern unterdessen einen Brief an Bürgermeister **Dr. Ulrich Daldrup** auf die Reise, in dem sie ihn als CDU-Vorsitzenden auffordert, diese Aktion in Aachen nicht auszuführen. AZ-Redakteur **Hanns Bittmann** sprach mit dem Aachener CDU-Chef.

■ Sind Sie gegen doppelte Staatsbürgerschaft?

Daldrup: Ohne Wenn und Aber: Nein! Aber sie soll die Ausnahme bleiben und nicht die Regel werden.

■ Also ein Dissens zwischen Bayern und Aachenern?

Daldrup: Meine Schwierigkeit ist zu verstehen, gegen was sich der Stoibersche Protest überhaupt richtet. Der Wortlaut des Gesetzes ist schließlich noch nicht bekannt. Es ist nicht möglich, daß sich Stoiber grundsätzlich gegen doppelte Staatsbürgerschaft wendet – denn die gibt es, und sie ist grundgesetzlich vorgesehen. Etwa zwei Millionen Bürger haben sie in Deutschland. 15 bis 20 Prozent aller Einbürgerungsfälle erfolgen mit doppelter Staatsbürgerschaft.

■ Wie steht dann die Aachener CDU zur geplanten Unterschriftenaktion?

Daldrup: Wir haben am Montagabend im geschäftsführenden Kreisvorstand erstmals darüber gesprochen, konnten beim jetzigen Sachstand gar keine Entscheidung fällen. Erste Tendenz: Ein bißchen Raum muß man der Sache geben – zeigen, wo die Nahtstelle kommt, an der man mit doppelter Staatsbürgerschaft doch seine Probleme hat. Da, wo sie Beliebigkeit wird, habe auch ich Probleme.

■ Wo bleiben dann eigene Vorschläge?

Daldrup: Wir haben in der CDU Aachen bereits vor anderthalb Jahren auf einem Parteitag den Beschluß herbeigeführt, daß wir für die doppelte Staatsbürgerschaft sind: wenn in Deutschland Kinder von Eltern geboren werden, die beide nicht Deutsche, aber hier geboren sind. Diesen Kindern sollte die deutsche Staatsbürgerschaft angeboten werden, ohne auf die der Eltern zu verzichten. Ich bedaure, daß Bonn dies damals nicht umgesetzt hat. Die Kinder hätten sich demnach mit 18 endgültig entscheiden können.

■ Wie es schon heute in anderen Fällen vorkommt.

Daldrup: Ja, zum Beispiel bei sogenannten gemischten Ehen, in denen ein Partner Deutscher ist; dies ist ein Großteil der zwei Millionen Fälle. Selbst da müssen sich nicht alle mit 18 für eine Staatsbürgerschaft entscheiden. Es gibt zudem Länder, die entlassen nie aus der eigenen Staatsbürgerschaft: Argentinien, Iran oder auch

Griechenland. Es kann bei der Diskussion also nicht um die doppelte Staatsbürgerschaft als solche gehen.

■ Worum dann?

Daldrup: In der rot-grünen Koalitionsvereinbarung steht unter anderem, daß der Erwerb der deutschen

AZ-Interview

nicht mehr von der Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft abhängt, wenn zum Beispiel der Ehegatte deutsch ist, der Aufenthalt in Deutschland seit drei Jahren rechtmäßig besteht und die Lebensgemeinschaft zwei Jahre existiert. In nehme an, daß hier die Kritik ansetzt. Wo sonst?

■ Was spricht in diesem Fall gegen die Senkung der Hürde, Deutscher zu werden?

Daldrup: Der Protest scheint da anzusetzen, wo die deutsche Staatsbürgerschaft benutzt werden könnte zum „vorübergehenden Parken“ in der deutschen Nationalität. Schwarz gemaltes Beispiel aus Bayern: Ein Kurde aus der PKK wird Deutscher, kämpft in der Türkei gegen die Türken und beruft sich bei Problemen auf den deutschen Paß. Ein Szenario, das zeigt, wie es nicht sein sollte. Dem könnte ich beipflichten.



„Die Aktion kann sich nicht gegen die doppelte Staatsbürgerschaft richten, das wäre absurd“: Ulrich Daldrup. Foto: Michael Jaspers

■ Womit hat die CDU denn generelle Probleme?

Daldrup: Wer Deutscher wird, sollte auch auf das Grundgesetz schwören. Wenn jemand auch das Grundgesetz eines anderen Landes achten muß, das zum Beispiel in Religionsfragen nicht mit unserer Toleranz kompatibel ist, sage ich auch: Das geht nicht. Genauso, wie ich nicht gleichzeitig Moslem und Christ sein kann. Wer Deutscher sein will, sollte auch die deutsche Kultur, die deutsche Geschichte, die deutschen Gesetze als die

seinen haben und an seine Kinder weitergeben.

■ Die Bundesregierung argumentiert, daß die Erleichterung der doppelten Staatsbürgerschaft die Integration erleichtert.

Daldrup: Integration wird nicht nur durch den Paß erreicht, sie kann in der Regel nicht über die Nationalität erzielt werden. Sonst gäbe es in Belgien auch keinen solchen Streit zwischen Flamen und Wallonen. In Frankreich wiederum gibt es viele Nordafrikaner, die durch Geburt im Lande einen französischen Paß haben, aber alles andere als integriert sind; es gibt dort einen enormen Rechtsruck. Auch dort hilft die Nationalität nicht.

■ Aber der Weg zum deutschen Paß ist lang ...

Daldrup: Jeder, der Deutscher werden will, hier lebt und Arbeit hat, kann das – nach einer bisher bedauerlich langen Wartezeit allerdings, die verkürzt werden muß; da habe ich mit der rot-grünen Koalitionsvereinbarung überhaupt keine Probleme. Von den acht Millionen Ausländern, die hier sind, könnten allerdings auch jetzt schon viele die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen – aber sie tun es nicht. Ich bin für eine Erleichterung der Einbürgerung; aber dann soll sich derjenige, der Deutscher werden will, auch zu diesem Land bekennen, in dem er lebt.

■ Dies hört sich wiederum wie ein Argument für die bundesweite Aktion an.

Daldrup: Die Sache ist für uns in Aachen nicht einfach. Ich kann noch nicht werten, was diese Unterschriftenaktion sein soll. Ich bin für die repräsentative Demokratie, somit gegen eine Volksabstimmung. Also könnte die Aktion nach meiner Ansicht nur eine qualifizierte Meinungsbildung sein. Solange das nicht klar ist, können wir noch nichts Verbindliches sagen. Aber es sei nochmals unterstrichen: Die Aktion kann sich nicht gegen die doppelte Staatsbürgerschaft als solche richten, das wäre absurd.

■ Sondern nur gegen die Art der Erleichterung einer doppelten Nationalität?

Daldrup: Eventuell, in einigen Fällen. Und dann frage ich mich in der Tat, warum dieser ganze schädliche Lärm stattgefunden hat. Ich würde mich freuen, wenn das ganze Thema im Interesse des gedeihlichen Zusammenlebens sachlich behandelt wird. Und: Das ganze ist schließlich kein Ausländer-Problem, sondern ein Deutschen-Problem. Die Diskussion hat eine völlig verkehrte Einfärbung bekommen.

■ Wann entscheidet die Aachener CDU über ihr weiteres Vorgehen?

Daldrup: Bei der nächsten Vorstandssitzung Mitte Januar – wenn uns denn dann endlich konkrete Entwürfe zu Gesetz und Unterschriftenaktion vorliegen.